

Fragen

**für die Fragestunde der 27. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 19. Februar 2003**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Dr. Bauer, Wolf (CDU/CSU)	20, 21	Lensing, Werner (CDU/CSU)	7, 8
Bindig, Rudolf (SPD)	3, 4	Dr. Löttsch, Gesine (fraktionslos)	5, 6
Börnсен, Wolfgang (Bönstrup) (CDU/CSU) .	15, 37	Dr. Luther, Michael (CDU/CSU)	40, 41
Dr. Eberl, Christian (FDP)	44, 45	Pau, Petra (fraktionslos)	11, 19
Dr. Faust, Hans Georg (CDU/CSU)	26, 27	Dr. Rose, Klaus (CDU/CSU)	1, 2
Feibel, Albrecht (CDU/CSU)	42, 43	Dr. Schröder, Ole (CDU/CSU)	16
Fromme, Jochen-Konrad (CDU/CSU)	9, 10	Schummer, Uwe (CDU/CSU)	12
Hofbauer, Klaus (CDU/CSU)	38, 39	Spahn, Jens (CDU/CSU)	34, 35
Hohmann, Martin (CDU/CSU)	13, 14	Storm, Andreas (CDU/CSU)	22, 23
Kaupa, Gerlinde (CDU/CSU)	36	Strebl, Matthäus (CDU/CSU)	32, 33
Koppelin, Jürgen (FDP)	17, 18	Widmann-Mauz, Annette (CDU/CSU)	30, 31
Lanzinger, Barbara (CDU/CSU)	28, 29	Zöller, Wolfgang (CDU/CSU)	24, 25

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	10

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

1. Abgeordneter
**Dr. Klaus
Rose**
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, inwieweit nach wie vor deutsche Firmen mit irakischen Geschäftspartnern Dual-use-Geschäfte betreiben, also mit Gütern, die auch militärischen Zwecken dienen können?
2. Abgeordneter
**Dr. Klaus
Rose**
(CDU/CSU) Falls ja, beabsichtigt die Bundesregierung eine stärkere Kontrolle von wirtschaftlichen, politischen oder anderen deutsch-arabischen Gesellschaften, soweit in deren Reihen Firmenvertreter Kontakte auch mit irakischen Unternehmen betreiben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

3. Abgeordneter
**Rudolf
Bindig**
(SPD) Treffen Meldungen des ARD-Magazins „Monitor“ vom 13. Februar 2003 zu, wonach dem deutschen Fiskus durch „Steuerschlupflöcher“ bei der Filmförderung rund 12 Mrd. Euro entgangen sind und inzwischen rund 20 % der Hollywood-Filmproduktion über deutsche Steuerspargelder finanziert wird, während zu gleicher Zeit die deutsche Filmförderung weitgehend danieder liege, und wie lauten gegebenenfalls die richtigen Zahlen für die letzten 5 Jahre?
4. Abgeordneter
**Rudolf
Bindig**
(SPD) Trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, dass die einschlägige Steuersparbranche im US-Filmfördergeschäft Modelle entwickelt, die es praktisch unmöglich machten, die entsprechenden Steuerschlupflöcher des deutschen Steuerrechts zu schließen, und gedenkt die Bundesregierung, dennoch diese Lücken, möglichst sogar noch im laufenden Beratungsprozess um das Steuervergünstigungsabbaugesetz, wirkungsvoll zu schließen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

- | | |
|---|---|
| 5. Abgeordnete
Dr. Gesine Löttsch
(fraktionslos) | Für wie viele Ganztagschulen wurden bisher die für die Zuweisung von Mitteln erforderlichen Konzepte eingereicht? |
| 6. Abgeordnete
Dr. Gesine Löttsch
(fraktionslos) | Welche Kriterien werden bei der Evaluierung der Konzepte für Ganztagschulen angelegt? |
| 7. Abgeordneter
Werner Lensing
(CDU/CSU) | Welche konkreten Änderungen des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) plant die Bundesregierung, um die Ankündigung aus dem Koalitionsvertrag von 2002 umzusetzen, das BBiG zu novellieren sowie dessen Geltungsbereich zu erweitern, und welchen genauen Zeitplan gedenkt sie für die Novellierung vorzusehen und einzuhalten? |
| 8. Abgeordneter
Werner Lensing
(CDU/CSU) | Welche Position vertritt die Bundesregierung gegenüber gewerkschaftlichen Forderungen nach einer Umlagefinanzierung, einem Rechtsanspruch auf berufliche Ausbildung sowie einer Übertragung der Aufgaben der für die Berufsbildung zuständigen Stellen auf eine „neutrale Institution“? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

- | | |
|---|---|
| 9. Abgeordneter
Jochen-Konrad Fromme
(CDU/CSU) | Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung zu treffen, damit für die 367 vom Bund an die Feuerwehren in ganz Deutschland verteilten ABC-Erkundungsfahrzeuge eine flächendeckende Einweisung und Ausbildung auch in den, von der Sprecherin des Bundesministeriums des Innern als „Posemuckel“ bezeichneten, bisher nicht berücksichtigten Gebieten ermöglicht wird, und trifft es zu, dass diese Fahrzeuge wegen des Fehlens einer wichtigen Komponente „geraume Zeit herumgestanden“ (Salzgitter Zeitung vom 25. Januar 2003) haben sollen? |
|---|---|

- | | |
|--|---|
| 10. Abgeordneter
Jochen-Konrad Fromme
(CDU/CSU) | Wenn ja, um welchen Zeitraum handelt es sich, und wie hoch sind die dadurch entstandenen Mehrkosten zu veranschlagen? |
| 11. Abgeordnete
Petra Pau
(fraktionslos) | Ist der Bundesregierung bekannt, dass jährlich hunderte Flüchtlinge an den europäischen Außengrenzen umkommen, und welche Schritte gedenkt sie zu unternehmen, die insoweit fatalen Wirkungen dieser EU-Außengrenzen zu prüfen? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit

- | | |
|--|--|
| 12. Abgeordneter
Uwe Schummer
(CDU/CSU) | Hat die Bundesregierung Pläne, die Bundesanstalt für Arbeit von sachfremden Aufgaben, wie zum Beispiel „Bekämpfung illegaler Beschäftigung“ und der „Kindergeldkasse“, zu entbinden, so wie sie es in der 14. Wahlperiode vorgesehen hat, und gibt es Bestrebungen, die bisherige Aufgabe „Bekämpfung illegaler Beschäftigung“ auf den deutschen Zoll zu übertragen? |
| 13. Abgeordneter
Martin Hohmann
(CDU/CSU) | Wie hoch sind die geschätzten Einnahmen des Bundes durch die vom Bundeskartellamt gegen die Unternehmen der Zementindustrie für möglich gehaltenen Bußgelder (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3. Februar 2003), und in welche Haushaltstitel werden diese ggf. eingestellt? |
| 14. Abgeordneter
Martin Hohmann
(CDU/CSU) | In welcher Höhe sind in den letzten zwei Jahren Bußgelder durch das Bundeskartellamt verhängt worden, und in welche Haushaltstitel wurden diese Einnahmen eingestellt? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

15. Abgeordneter
**Wolfgang
Börnsen
(Bönstrup)**
(CDU/CSU)
- Gibt es bereits eine Vorschlagliste für die Veränderung bzw. Aufgabe von Bundeswehrstandorten, und könnte das Marinefliegergeschwader 2 in Tarp/Eggebek und die Minensuchflottille in Kappeln/Olpenitz kurz- oder mittelfristig dazugehören?
16. Abgeordneter
**Dr. Ole
Schröder**
(CDU/CSU)
- Mit welchen Sparmaßnahmen sieht sich das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) in den nächsten Jahren konfrontiert, und plant das BMVg zur Einhaltung der Sparpläne auch die Aufgabe von Standorten in Schleswig-Holstein?
17. Abgeordneter
**Jürgen
Koppelin**
(FDP)
- Werden Informationen, die durch NATO-AWACS-Flugzeuge bei Flügen über der Türkei gewonnen werden, im Falle eines militärischen Vorgehens der USA gegen den Irak auch den USA zur Verfügung gestellt?
18. Abgeordneter
**Jürgen
Koppelin**
(FDP)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, im Falle einer Auseinandersetzung mit dem Irak die deutschen Soldaten bei AWACS-Einsätzen in der Türkei nicht einsetzen zu lassen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung

19. Abgeordnete
**Petra
Pau**
(fraktionslos)
- Wie viele Anträge auf Gewährung von Grundsicherungsleistungen wurden bisher gestellt?
20. Abgeordneter
**Dr. Wolf
Bauer**
(CDU/CSU)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Auswirkungen des zum 1. Januar 2003 mit dem Beitragssatzsicherungsgesetz in Kraft getretenen Rabatteinzugsverfahrens, insbesondere auf die wirtschaftliche Situation der Apotheken?

- | | |
|--|---|
| 21. Abgeordneter
Dr. Wolf
Bauer
(CDU/CSU) | Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um eine Abwälzung des Großhandelsrabatts auf die Apotheken zu unterbinden? |
| 22. Abgeordneter
Andreas
Storm
(CDU/CSU) | Welche Maßnahmen will die Bundesregierung ergreifen, um das Defizit in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) abzubauen und die Einnahmen der GKV zu stabilisieren? |
| 23. Abgeordneter
Andreas
Storm
(CDU/CSU) | Ab welchem Zeitpunkt werden diese Maßnahmen sich positiv auf die Finanzen der GKV auswirken? |
| 24. Abgeordneter
Wolfgang
Zöller
(CDU/CSU) | Was meint die Bundesregierung, wenn sie davon spricht, den Wettbewerb in der gesetzlichen Krankenversicherung erhöhen zu wollen? |
| 25. Abgeordneter
Wolfgang
Zöller
(CDU/CSU) | Wie soll bei einem Nebeneinander von Einzel- und Kollektivverträgen der Sicherstellungsauftrag von den Kassenärztlichen Vereinigungen erfüllt werden? |
| 26. Abgeordneter
Dr. Hans Georg
Faust
(CDU/CSU) | Welche Aufgaben soll das vom Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung geplante Institut zur Sicherung der Qualität in der Medizin haben? |
| 27. Abgeordneter
Dr. Hans Georg
Faust
(CDU/CSU) | Wie soll das Institut personell und sachlich ausgestattet sein? |
| 28. Abgeordnete
Barbara
Lanzinger
(CDU/CSU) | Wie hoch veranschlagt die Bundesregierung generell die Kosten, die mit der von ihr geplanten Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte verbunden sind? |

29. Abgeordnete
Barbara Lanzinger
(CDU/CSU)
- Welche Einsparsumme glaubt die Bundesregierung durch eine freiwillige Nutzung der Gesundheitskarte erzielen zu können?
30. Abgeordnete
Annette Widmann-Mauz
(CDU/CSU)
- Hat das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung dem Bundesministerium der Justiz (BMJ) den Referentenentwurf für ein Gesetz über die Verordnungsfähigkeit von Arzneimitteln in der vertragsärztlichen Versorgung (Positivliste) zur Rechtsprüfung vorgelegt, und wenn ja, zu welchem Ergebnis kommt das BMJ hinsichtlich der Frage der Zustimmungsbedürftigkeit des Gesetzentwurfs?
31. Abgeordnete
Annette Widmann-Mauz
(CDU/CSU)
- Sind zur Erstellung der Positivliste vom Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte Mitarbeiter abgezogen worden?
32. Abgeordneter
Matthäus Strebl
(CDU/CSU)
- Plant die Bundesregierung die Einführung einer zusätzlichen Überprüfungsinstanz für die Pflegeheime in Deutschland, wie sie der Vorstand der Innungskassen beim Landesverband Niedersachsen, Heinz-Günther Macherey, fordert (vgl. Dingolfinger Anzeiger vom 6. Januar 2003)?
33. Abgeordneter
Matthäus Strebl
(CDU/CSU)
- Wie will die Bundesregierung die Qualität sicherstellen, wenn die Pflegekassen ein Rekorddefizit von jährlich bis zu 500 Mio. Euro aufweisen?
34. Abgeordneter
Jens Spahn
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass es bei dem vor dem Bielefelder Landgericht laufenden Prozess gegen den früheren Polizeipräsidenten von Bielefeld über die strafrechtlichen Vorwürfe hinaus „um die Zukunft der Drogenpolitik in Deutschland“ (General-Anzeiger vom 4. Februar 2003) gehe, und welche Schlüsse zieht sie daraus für ihre zukünftige Drogenpolitik?

35. Abgeordneter
Jens Spahn
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die bisher gemachten Erfahrungen mit der Änderung des Betäubungsmittelgesetzes im Jahr 2000, und welche Erkenntnis gibt es dazu insbesondere zu Art und Rechtssicherheit der Arbeit in den Drogenkonsumräumen?
36. Abgeordnete
Gerlinde Kaupa
(CDU/CSU)
- Wie begründet die Bundesregierung ihre ablehnende Haltung gegenüber der EU-Richtlinie zum Tabakwerbeverbot vor dem Hintergrund, dass die Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Gesundheit und Soziale Sicherung, Marion Caspers-Merk, ein Anti-Raucher-Programm für Kinder und Jugendliche gestartet hat?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen**

37. Abgeordneter
Wolfgang Bönstrup
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung – anders als in der Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Angelika Mertens, vom 7. Februar 2003 auf meine schriftliche Frage vom 31. Januar 2003 mit der Arbeitsnummer 1/277 (Bundestagsdrucksache 15/477) – mittlerweile in der Lage mitzuteilen, an welchen konkreten Standorten die Bundesregierung im Rahmen der maritimen Notfallvorsorge Notliegeplätze sowie Nothäfen vorgesehen hat und von welchen Küstenländern es zu der an die Küstenländer zur Abstimmung übergebenen Richtlinie (vgl. Antwort der Bundesregierung zu Frage 11 der Kleinen Anfrage der Fraktion der FDP zur Sicherheit des Schiffsverkehrs auf Bundestagsdrucksache 15/343) bereits eine Stellungnahme gibt, und wenn ja, wie beantwortet die Bundesregierung dies nunmehr?
38. Abgeordneter
Klaus Hofbauer
(CDU/CSU)
- Welche Auswirkungen für deutsche Unternehmen, die mit Ungarn ständige Wirtschaftskontakte unterhalten beziehungsweise Zweigbetriebe in Ungarn besitzen, sieht die Bundesregierung durch die Ökopunkteregelung in Österreich?

39. Abgeordneter
Klaus Hofbauer
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung im Vorschlag des Europäischen Parlaments vom 31. Dezember 2002, das Ökopunktesystem bis spätestens 2006 auslaufen zu lassen, eine Möglichkeit, die Kontingentierung vorzeitig zu beenden?
40. Abgeordneter
Dr. Michael Luther
(CDU/CSU)
- Wie addieren sich im Einzelnen die Ausgaben für die Gemeinschaftsaufgaben, die Finanzhilfen, die EU-Strukturfondsmittel und die Investitionszulage des Bundes zur Summe von 5 Mrd. Euro jährlich, die im Solidarpakt II für die neuen Länder, siehe dazu Ziffer 5 des Entschließungsantrags auf Bundestagsdrucksache 14/6577, festgeschrieben sind, aufgeschlüsselt für die letzten vier Jahre und für das Jahr 2003?
41. Abgeordneter
Dr. Michael Luther
(CDU/CSU)
- Welche Leistungen werden darüber hinaus aus dem Korb II finanziert, und wie hoch sind diese Leistungen im Einzelnen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

42. Abgeordneter
Albrecht Feibel
(CDU/CSU)
- Welche Baumaßnahmen sind im Bundesamt für Strahlenschutz im Jahr 2003 geplant (einschließlich solcher, die in 2003 begonnen werden sollen)?
43. Abgeordneter
Albrecht Feibel
(CDU/CSU)
- Welche Kosten sind für die einzelnen o. g. Maßnahmen zu erwarten?
44. Abgeordneter
Dr. Christian Eberl
(FDP)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Aussage der Marktanalyse der Niedersächsischen Energie-Agentur GmbH in Hannover, wonach die Hälfte der von der Bundesregierung geplanten rund 60 Anlagen für die Erzeugung von Strom aus Biomasse wegen Altholzmangels nicht errichtet werden können, und welche Alternativen gibt es, um die Anlagen wie geplant trotz eines solchen Altholzmangels zu errichten?

45. Abgeordneter
**Dr. Christian
Eberl**
(FDP)

Hält die Bundesregierung die in diesem Zusammenhang in der Studie der Ecofys GmbH aus Köln gemachten Aussagen für wahrscheinlich, wonach der in Deutschland nicht zu deckende Altholzbedarf mit Importen von Altholz aus anderen Staaten, beispielsweise den Niederlanden, gedeckt werden kann, und wie steht die Bundesregierung bei Würdigung des nationalen Ziels des Gesetzes über die Förderung Erneuerbarer Energien einem solchen Import von ausländischem Abfall gegenüber?

